

[← zurück](#)

## Gesundheitsreform

### Weniger Netto vom Brutto

Die Beschlüsse von Schwarz-Gelb für Reformen im Gesundheitswesen haben am Dienstag heftige Kritik hervorgerufen.

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier warf der Koalition Wortbruch vor. Statt wie versprochen "mehr Netto vom Brutto" hätten die Menschen künftig wegen steigender Sozialabgaben weniger in der Tasche. "Die Koalition startet mit einem grandiosen Wortbruch in die Sommerferien."

Die Fraktionschefin der Grünen, Renate Künast, kritisierte die Reform als "Grundsatzlüge des Guido Westerwelle". Anstatt die Bürger wie versprochen zu entlasten, steige die Abgabenlast für die Bürger nun enorm. Selten sei den Menschen so tief in die Tasche gegriffen worden.

Die gesundheitspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Martina Bunge, warf der Koalition vor, die Kopfpauschale ins Gesundheitssystem einzuführen und damit Politik für "Bestverdienende" und Arbeitgeber zu machen. Schwarz-Gelb mache damit "einmal mehr Politik gegen die Mehrheit der Bevölkerung".

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) kritisierte die Beschlüsse als "unausgewogen und unsozial". "Statt mehr Kosteneffizienz im Gesundheitssystem gibt es eine einseitige Belastung der Versicherten", sagte Beck.

"Die Regierungspläne sind die Lizenz zum unbegrenzten Abkassieren der Versicherten", sagte der Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Eberhard Jüttner. Anstatt hilflos an Symptomen herumzudoktern, brauche die Regierung den Mut zu strukturellen Reformen.

Die Vorsitzende des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen (GKV), Doris Pfeiffer, warf der Koalition vor, Ärzte und Krankenhäuser zu stark geschont zu haben.

"Die Zusatzbelastungen der Versicherten könnten merklich geringer sein. Die Einnahmen der Ärzte und der Krankenhäuser sind so hoch wie noch nie. Daher wäre zumindest in diesen Bereichen eine echte Nullrunde angemessen gewesen", kritisierte Pfeiffer.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) bezeichnete das neue Modell als Kampfansage an die Versicherten und sprach von einer "einseitigen und unsolidarischen Belastungswelle".

"Die FDP entlarvt sich erneut als Partei der Besserverdiener und Merkel macht sich zu deren Handlanger", sagte Verdi-Chef Frank Bsirske der FR. Steigende Zusatzbeiträge belasteten vor allem Arbeitnehmer, Niedriglöhner, Rentner und Studierende. "Damit macht Schwarz-Gelb den Weg frei, über Zusatzbeiträge steigende Kosten im Gesundheitswesen künftig allein von den schwächeren Schultern tragen zu lassen", sagte der Chef der Dienstleistungs-Gewerkschaft.

Der Bundesgeschäftsführer der Volkssolidarität, Bernd Niederland, erklärte, für Patienten und Versicherte seien die schwarz-gelben Pläne eine Hiobsbotschaft. Besonders betroffen seien Geringverdiener, Rentner, Arbeitslose, Studenten und Auszubildende.

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt nannte das Ergebnis enttäuschend. Die Anhebung des Beitragssatzes verteuere die Arbeitskosten für die Wirtschaft "um mehr als 2 Milliarden Euro und gefährdet die Fortsetzung der derzeitigen wirtschaftlichen Erholung". (rt/dpa/epd)

Empfehlen via:  Twitter  Facebook  StudiVZ  MySpace

Gefällt mir

321 Personen gefällt das.

[ document info ]

Copyright © FR-online.de 2010  
Dokument erstellt am 06.07.2010 um 18:00:44 Uhr  
Letzte Änderung am 06.07.2010 um 20:22:23 Uhr  
Erscheinungsdatum 06.07.2010 | Ausgabe: d

URL: [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/politik/aktuell/?em\\_cnt=2822282&em\\_loc=1231](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=2822282&em_loc=1231)